Wie wird der/die neue Präsident*in in Frankreich regieren?

ÖGPP Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die Ausgangslage

Am 7. Mai stehen sich in der Stichwahl für die französische Präsidentschaft der Querein- und Aufsteiger Emmanuel Macron und das Schmuddelkind der französischern Politik, Marine Le Pen, die Chefin des rechtspopulistischen *Front National*, gegenüber. Wer auch immer diese Wahl gewinnen wird – Umfragen sehen Macron nahezu uneinholbar voran – er oder sie wird es nicht leicht haben. Denn der/die französische Präsident*in verfügt zwar über eine für Europa ungewöhnliche Machtfülle – allmächtig ist er*sie aber nicht.

Zu den Besonderheiten des französischen Systems gehört, dass unmittelbar nach den Präsident*innenwahl auch die Nationalversammlung neu gewählt wird. Heuer wird das am 11. und 18 Juni der Fall sein.

Das politische System Frankreichs

1/2 Semipräsidentielles System

Das politische System Frankreichs wird oft als „semipräsidentielles Regierungssystem" bezeichnet. Der*Die Präsident*in besitzt zwar eine signifikante Machtfülle, seine*ihre reale Macht hängt allerdings stark davon ab, ob er*sie auch eine Mehrheit im Parlament hinter sich weiß. Denn der*die von dem*der Präsident*in ernannte Premierminister*in kann von der Nationalversammlung jederzeit durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Das heißt, in Frankreich wechseln sich Phasen einer präsidentiellen Regierungspraxis bei parteipolitischer Übereinstimmung zwischen Präsident und Parlamentsmehrheit mit Phasen einer parlamentarischen Regierungspraxis in Zeiten der sogenannten *Cohabitation* ab.

Cohabitation

Gehören Präsident*in und Premier (= parlamentarische Mehrheit) gegensätzlichen politischen Lagern an, spricht man von Cohabitation, dem schwierigen „Zusammenleben". In der Vergangenheit war dies drei Mal der Fall: von 1986 bis 1988 mit dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand und dem Konservativen Jacques Chirac; von 1993 bis 1995 mit Mitterand und dem Konservativen Édouard Balladur; und von 1997 bis 2002 mit dem konservativen Präsidenten Chirac und dem sozialistischen Premier Lionel Jospin.

Das Staatsoberhaupt und seine Aufgaben

Der*Die französische Präsident*in wird von der Bevölkerung direkt für fünf Jahre gewählt.

Er*Sie ist Staatsoberhaupt, Hüter*in der Verfassung und zugleich oberste*r Chef*in der Exekutive. Der/Die Präsident*in ernennt den/die Premierminister*in und auf dessen Vorschlag die Minister*innen; er*sie führt den Vorsitz im Minister*innenrat (Kabinett), kann die Nationalversammlung auflösen – was zu vorzeitigen Neuwahlen führt – und auf Vorschlag der Regierung oder des Parlaments Gesetzesentwürfe zum Volksentscheid vorlegen.

Die Außen- und die Sicherheitspolitik fallen traditionell in seine*ihre Zuständigkeit. Der*Die Präsident*in vertritt Frankreich auf internationaler Ebene, z.B. beim Europäischen Rat. Er*Sie ist Oberbefehlshaber*in der Streitkräfte und entscheidet allein über den Einsatz der französischen Nuklearwaffen; er*sie besitzt die letzte Entscheidungsbefugnis bei der Ernennung zu bestimmten zivilen und militärischen Ämtern und hat in Krisenzeiten außerordentliche Befugnisse zur Notstandsregelung.

Die tatsächliche Machtstellung des*r französischen Präsident*in wird allerdings von den Kräfteverhältnissen im Parlament mitbestimmt: Hat der*die Präsident*in eine Mehrheit der Nationalversammlung hinter sich, kann er*sie die großen Linien der Politik vorgeben. Gegen das Parlament regieren kann er*sie nicht.

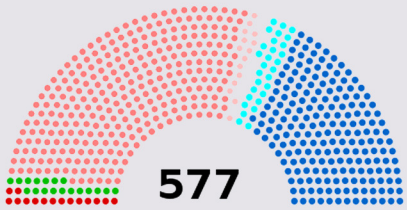
Das Parlament

Das französische Parlament besteht aus zwei Kammern, der Nationalversammlung und dem Senat als Vertretung der Gebietskörperschaften.

Die Nationalversammlung umfasst 577 Abgeordnete, die über ein reines Mehrheitswahlrecht in Einpersonenwahlkreisen in bis zu 2 Wahlgängen (Stichwahl) für fünf Jahre gewählt werden. Um bereits im ersten Wahlgang gewählt zu werden, muss der*die Kandidat*in eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und zumindest 25% aller Stimmen in seinem Wahlkreis erhalten.

Besonderes Merkmal des sogenannten *Romanischen Mehrheitswahlrechts* ist, dass am zweiten Wahlgang (Stichwahl) nicht nur die beiden bestplatzierten Kandidat*innen, sondern auch all jene teilnehmen dürfen, die mindestens 12,5% der Stimmen erhalten haben. In der Regel einigen sich die Parteien eines politischen Lagers allerdings darauf, in der Stichwahl eine*n gemeinsamen Kandidat*in zu unterstützen, so dass in den meisten Fällen jeweils nur ein*e Kandidat*in der Rechten und der Linken sowie gegebenenfalls ein*e in der Regel chancenlose*r Kandidat*in des *Front National* am zweiten Wahlgang teilnimmt. Gewählt ist in jedem Fall der*die Kandidat*in mit den meisten Stimmen.

Parteien in Frankreich



Die französische Parteienlandschaft ist vielfältig und überaus volatil; Abspaltungen, Neugründungen und Umbenennungen sind die Regel.

Im gegenwärtigen Parlament dominiert die linke Fraktion (SRC, *Socialiste, écologiste et républicain*), bestehend aus der Sozialistichen Partei (*Parti Socialist*, PS) und dem kleinen linksrepublikanischen *Mouvement républicain et citoyen* (MRC) mit insgesamt 288 Abgeordneten.

Die wichtigste Oppositionsfraktion bilden die Republikaner (*Les Républicains*, LR), die in der Tradition des Gaullismus stehen und in der Vergangenheit mehrmals ihren Namen geändert haben. Sie verfügen über 199 Sitze.

Eine weitere Mitte-Rechts-Fraktion, die Union der Demokraten und Unabhängigen (UDI), vertritt liberale und christdemokratische Positionen und besteht aus mehreren weiterhin unabhängigen Parteien, z.B. der liberal-zentristischen Radikalen Partei (*Parti radical*, PR), dem Neuen Zentrum (*Nouveau Centre*, NC) und der *Alliance centriste* (AC). Gemeinsam verfügen sie über 27 Abgeordnete.

In der Nationalversammlung vertreten sind weiters die Radikale Linkspartei (*Parti radical de gauche,* PRG), eigentlich eine linksliberale Partei – das „radikal" in ihren Namen bezieht sich auf die historisch-republikanische Tradition –, die Demokratische und republikanische Linke (*Gauche démocrate et républicaine*, GDR) mit Jean-Luc Mélenchons Linkspartei und den Resten der ehemals starken Kommunistischen Partei sowie den zwei fraktionslosen Abgeordneten des *Front National* und den Grünen.

Ausblick: Wer wird Präsident*in? Wie wird er/sie regieren?

Wie die Neuwahlen ausgehen werden, ist indes völlig ungewiss. Den Sozialist*innen droht nach der wenig glorreichen Präsidentschaft François Hollandes und dem desaströsen Abschneiden ihres Kandidaten Benoît Hamon wohl ein weiteres Debakel. Die Republikaner*innen werden voraussichtlich eine Mehrheit erringen können. Fraglich ist, wie groß diese sein wird, denn auch ihr Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl war von der Korruptionsaffäre um François Fillon überschattet. Dem *Front National* scheint auch bei dieser Wahl ein zweiter Platz (nach Stimmen und Prozenten) sicher, allerdings könnte das französische Mehrheitswahlrecht wiederum dazu führen, dass der *Front National* in der Nationalversammlung, so wie in der Vergangenheit, praktisch ohne Vertretung bleibt.

Und was macht Emmanuel Macron, falls er wie erwartet in den Pariser Élysée-Palast einzieht?
Wird er ein Präsident ohne eigene parlamentarische Basis sein? Seine En-Marche!-Bewegung ist derzeit im Parlament gar nicht vertreten, und selbst wenn die Neulinge (angeblich) Kandidat*innen in allen Wahlbezirken des Landes aufstellen werden – eine Mehrheit ist nicht zu erwarten. Sehr viel wird demnach von Wahlabsprachen und -versprechen nach dem ersten Wahlgang abhängen, die etlichen Altmandatar*innen von rechts und links ihren Sitz im Parlament retten und Macron zu einer „bunten Koalition" verhelfen könnten. Denn Macron ist bestens vernetzt und besitzt Freunde in fast allen politischen Lagern. Der neue Präsident könnte demnach mit wechselnden Mehrheiten in einem Viel-Parteien-Parlament regieren.